



Thüringen konsequent gerechter gestalten

Susanne Hennig in der Landtagsdebatte zur Regierungserklärung zum Thüringen-Monitor

Die Regierungserklärung der Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht zum Thüringen-Monitor 2013 stand am 19. Dezember im Mittelpunkt der Plenardebatte des Landtags. Seit dem Jahr 2000 wird durch das Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena diese repräsentative Bevölkerungsbefragung zur politischen Kultur in Thüringen durchgeführt.

Ein besonderer Fokus liegt dabei jedes Jahr auf der Erforschung rechtsextremer Einstellungen, der Demokratieakzeptanz, der Demokratiezufriedenheit und dem Institutionenvertrauen der Bevölkerung. Der Thüringen-Monitor 2013 trägt den Titel „Wie leben wir? Wie wollen wir leben? - Zufriedenheit, Werte und gesellschaftliche Orientierungen der Thüringer Bevölkerung“. In diesem Zusammenhang wurden u.a. die Bewertung der Lebensbedingungen im Freistaat und der näheren Umgebung, die Erwartungen und Gerechtigkeitsvorstellungen der Thüringerinnen und Thüringer sowie ihre Toleranz gegenüber sozialen, kulturellen und ethnischen Minderheiten untersucht.

In der Landtagsdebatte ergriff nach der Ministerpräsidentin die LINKE-Abgeordnete und Landesvorsitzende der Partei, Susanne Hennig, das Wort. Im Folgenden Auszüge aus ihrer Rede:

Umfrageergebnisse bestätigen in der Regel immer die eigene Politik. Frau Lieberknecht hat gerade schöngefärbt, verharmlost, hat gewonnen, und Sie haben etwas getan, was man mit wissenschaftlichen Ergebnissen nicht tun sollte: Sie haben sie an Beratungsresistenz grenzend uminterpretiert. Zur Beseitigung von sozialer Ungleichheit verlieren Sie kein Wort, das ist auch kein Wunder, denn in Ihrer Interpretation des Thüringen-Monitors geht sie auch völlig unter.

Kurzsichtige Betrachtung einzelner Teilergebnisse

Und wie kann man jemandem die politische Verantwortung überlassen, der die Realitäten verkennt und nicht einmal bereit ist, diese anzuerkennen, wenn sie die von Ihnen beauftragten Wissenschaftler auf den Tisch legen. In diesem Sinne ist die Regierungserklärung von Frau Lieberknecht zur Einschätzung des zum 13. Mal vorgelegten Thüringenmonitors wenig überraschend. Eine oberflächliche Betrachtung

jedenfalls, wonach grundsätzlich die Thüringer sowohl mit der eigenen Lebenssituation und der wirtschaftlichen Situation Thüringens zufrieden sind und sich demnach keine Veränderung gesellschaftlicher Lebensverhältnisse auch jenseits der ökonomischen Verhältnisse notwendig macht, ist eine kurzsichtige und instrumentelle Betrachtung einzelner Teilergebnisse.

Wenn nahe 40 Prozent der 18- bis 24-jährigen angibt, aus Thüringen sicher oder wahrscheinlich fortziehen zu wollen, dann hat auch dies damit zu tun, welche Lebensperspektiven in Thüringen gesehen werden. Immerhin 34 Prozent der Befragten bewerten die Berufsaussichten in Thüringen als sehr oder eher schlecht.

In großem Maße Angst vor sozialem Abstieg

Etwa 70 Prozent der Thüringer bewerten ihre eigene finanzielle Situation und die wirtschaftliche Lage in Thüringen als sehr gut oder gut. Aber nur die Hälfte der Zufriedenen, also insgesamt 35 Prozent, bewertet die wirtschaftliche Lage in Thüringen als besser gegenüber den anderen ostdeutschen Bundesländern. Einer Einschätzung, wie etwa die wirtschaftliche Lage Thüringens im Vergleich mit den westdeutschen Bundesländern gesehen wird, entziehen sich aber die Autoren der Studie. Wir sind der Auffassung, 23 Jahre nach der Wende ist der Vergleichsmaßstab für Thüringen nicht Ostdeutschland, sondern die gesamte Bundesrepublik.

Denn dass ThüringerInnen sich selbst zufrieden zeigen, ändert nichts an der Tatsache, dass sie einschätzen, nicht ausreichend zu partizipieren, sowohl ökonomisch als auch demokratisch, dass sie in großem Maße Angst vor sozialem Abstieg haben, dass sie die Gesellschaftsverhältnisse überwiegend als ungerecht betrachten und dabei eine sehr konkrete Vorstellung von Gerechtigkeit entwickelt haben. Die Hälfte der ThüringerInnen sehen als vordringlichste Aufgabe an, die soziale Ungleichheit zu verringern.

Zwei Drittel sagen, in einer gerechten Gesellschaft haben alle Menschen die gleichen Chancen, ihre Lebensmöglichkeiten zu gestalten. Das heißt doch im Kern: Alle Menschen sollen den gleichen Zugang zu ökonomischen, sozialen, politischen, ökologischen und kulturellen Ressourcen haben und ihr Leben selbst gestalten können. Dass dies aber nicht der Fall ist und Chancengleichheit nicht Chan-

cengerechtigkeit bedeutet, wird in einer anderen Fragestellung deutlich. Nur 39 Prozent der ThüringerInnen sind der Auffassung, einen gerechten Anteil oder mehr zu erhalten. 34 Prozent der ThüringerInnen sind in atypischen Beschäftigungsformen, wie Teilzeit, Mini- und Midjobs, Leiharbeit sowie befristeten Arbeitsverhältnissen, tätig. Im Vergleich mit dem westdeutschen Lohnniveau erreicht Thüringen nur 77 Prozent, und wenn dann noch die Arbeitszeit gegengerechnet wird, sind wir in Thüringen bei einem Lohnniveau von 75 Prozent.

Durch den Thüringen-Monitor zieht sich wie ein roter Faden, dass Menschen, die persönlich nicht gerecht am gesellschaftlichen Reichtum teilhaben, weniger von der Demokratie, weniger von den Institutionen der Demokratie halten, sich weniger politisch oder ehrenamtlich gesellschaftlich engagieren und die Demokratie sich selbst überlassen, so dass dieses Land immer weniger demokratisch wird.

Grundlage für die Stärkung einer demokratischen Mitmachgesellschaft ist der Zugang zu Bildung und Bildungsressourcen unabhängig von der finanziellen Lebenssituation der Eltern. Das heißt in der Konsequenz, wie demokratisch unsere Gesellschaft in Zukunft sein wird, entscheiden wir heute mit der Struktur der Thüringer Bildungslandschaft. An diesem Punkt können wir mit unserer bisherigen Politik nicht zufrieden sein.

Manifest vorhandene extrem rechte Einstellungen

Wie jedes Jahr widmet sich der Thüringen-Monitor auch den extrem rechten Einstellungen. Mit großem Interesse wird der Wert zur Kenntnis genommen, wie viele der ThüringerInnen über ein extrem rechtes Weltbild verfügen und wie viele davon zum sogenannten harten Kern zu zählen sind. Dieser Wert ist für 2013 gegenüber 2012 unverändert bei 12 bzw. 5 Prozent – 5 Prozent sogenannte verfestigte, 7 Prozent sogenannte nicht verfestigte extrem rechte Einstellung.

Dies ist niedriger als in manchen Jahren zuvor, aber seit Jahren verfestigt und das sollte uns ein Warnsignal sein, dass wir in Thüringen von in der Gesellschaft manifest vorhandenen extrem rechten Einstellungen ausgehen können und zeitgeschichtliche Ereignisse diese Zustimmungswerte eher nach oben beeinflussen, aber niemals unter ein bestimmtes Niveau sinken.

(Fortsetzung auf Seite 6)

KOMMENTIERT:

von Knut Korschewsky

Karenzzeiten

Nachdem auch Bundespolitiker der Union und SPD, wie der derzeitige EU-Kommisar Öttinger (CDU), der bayrische Ministerpräsident Seehofer (CSU) und Bundesumweltministerin Hendricks (SPD), die Einführung von Karenzzeiten zwischen Ausscheiden aus einem politischen Amt und Einstieg in Funktionen in der Wirtschaft befürworteten, fordern wir erneut die Thüringer CDU-SPD Koalition auf, sich endlich, wenn auch leider verspätet, der Karenzzeiten-Diskussion hier im Land zu öffnen.

Die Landtagsmehrheit sollte nicht erneut die Gelegenheit ungenutzt lassen, auch für Thüringen Karenzzeiten einzuführen. Spätestens der Fall Althaus und sein „fliegender Wechsel“ zum Autozulieferer Magna haben gezeigt, dass solche Regelungen auch im Thüringer Landrecht notwendig sind.

Leider hat aber der Thüringer CDU-SPD-Koalition offensichtlich die Einsicht in die Brisanz des Themas wie auch in die Notwendigkeit einer rechtlichen Lösung gefehlt. Ich erinnere daran, dass entsprechende Änderungsvorschläge der Linksfraktion sowohl im Rahmen der Novellierung des Thüringer Ministergesetzes – damals als Konsequenz aus dem „Fall Althaus“ – als auch im Rahmen der Beratung des LINKE-Gesetzesentwurfs zur Abschaffung der so genannten politischen Beamten nach dem „Vorgang Zimmermann“ abgelehnt wurden. Die Thüringer Koalition darf sich angesichts der breiten öffentlichen Diskussion im „Fall Pofalla“ nun nicht mehr länger verweigern, gesetzliche Karenzzeiten auch in Thüringen einzuführen. Andernfalls werden die Akzeptanz und Glaubwürdigkeit von Demokratie und Politik weiter beschädigt. Es muss endlich jeglicher Gefahr entgegengewirkt werden, dass in Politik und Wirtschaft irgendwelche Lobby-Selbstbedienungsblößen eröffnet werden.

Wenn selbst die EU-Ebene, die leider nicht gerade für eine strikte Antilobby-Arbeit bekannt ist, Karenzzeiten von 18 Monaten festgelegt hat, müssten auch im Bund und in den Ländern sehr deutliche Signale gesetzt werden. Dabei sollten die Vorschläge der Antilobby-Organisationen für eine Karenzzeit von drei Jahren als Mindeststandards auf jeden Fall berücksichtigt werden. Die LINKE wird das Thema Karenzzeiten mit parlamentarischen Initiativen wieder auf die Tagesordnung in Thüringen holen.

Evaluierungsbericht gefordert

Pressegespräch mit Katharina König und Ralf Kalich: Innenpolitik und NSU-Untersuchungsausschuss im Fokus

Der Landtagsabgeordnete Ralf Kalich ist ehrenamtlicher Bürgermeister von Blankenstein, Kreisratsmitglied im Saale-Orla-Kreis, war bisher Haushaltspolitiker und hat jetzt die Funktion des innenpolitischen Sprechers in der Landtagsfraktion der LINKEN übernommen – in Nachfolge von Martina Renner, die in den Bundestag wechselte. Seinen Politikanspruch machte er bei einem Pressegespräch deutlich, an dem auch die Sprecherin für Antifaschismus, Katharina König, teilnahm (s.Foto).

Ralf Kalich betonte, er wolle die verbleibende Zeit bis zum Ende der Legislatur nutzen, um insbesondere den Druck zu erhöhen, was die problematischen Folgen der Polizeistrukturreform in Thüringen betreffe. Da gebe es eine Vielzahl von Fragen. So habe er seine „erheblichen Zweifel“, was den Stellenabbau betreffe.

Die Landesregierung habe „mehr Blau“ auf den Straßen versprochen, aber erkennbar sei das nicht. Ihm gehe es in diesem Zusammenhang vor allem auch um die Vertretung der Interessen der Kolleginnen und Kollegen, auf deren Rücken die Umstrukturierungen ausgetragen werden, sagte der Innen-

politiker. Die LINKE fordert von der Landesregierung im Innenausschuss einen Evaluierungsbericht zur Polizeireform.

Katharina König, Obfrau der LINKEN im NSU-Untersuchungsausschuss und dort nunmehr auch stellvertretende Ausschussvorsitzende, betonte bei dem Pressegespräch die Zeitnot, in die der Ausschuss jetzt gerate. Die Arbeit sei „nicht in der Komplexität und Intensität, wie sie notwendig ist, zu schaffen“.

„Es wird wohl ein zweiter NSU-Ausschuss gebraucht“

Dabei sei jetzt schon klar, dass der Ausschuss jenen Teil seines Untersuchungsauftrages, der auf Vorschläge für eine veränderte Sicherheitsarchitektur in Thüringen abzielt, auf keinen Fall erfüllen kann, sagte die Abgeordnete. Nicht nur sie, auch Vertreter anderer Fraktionen seien der Auffassung, dass wohl in der neuen Legislatur ein zweiter NSU-Untersuchungsausschuss gebraucht werde.

Katharina König betonte: „Solange der Prozess in München läuft, ist die indirekte außerparlamentarische Begleitung notwendig“. Sie habe auch „enorme Bedeutung“ für die Angehörigen

der Opfer des NSU-Terrors. „Wir müssen ihnen ein klares Zeichen geben, dass wir Antworten auf ihre Fragen finden wollen.“

Viel stärker müsse künftig das Problem der Verankerung des Rassismus in der Gesellschaft „bearbeitet“ werden. Dem müsse sich der neue Bundestag ebenso annehmen wie der Landtag. Vorstellbar sei eine Enquete-

kommission mit Vertretern auch aus der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft. Es gebe eine ganze Reihe von Projekten gegen Neonazismus und Rassismus, für Demokratie und Zivilcourage. Hier sei es sinnvoll, ihre Effekte, ihre Wirksamkeit zu prüfen und ein landesweites Vorbildprojekt zu etablieren.

A. Rudolph/Foto: St. Wogawa



Susanne Hennig: Thüringen konsequent gerechter gestalten (Fortsetzung von Seite 5)

Wir vertrauen auf die demokratische Gesellschaft und fordern die Politik auf, dieser nicht im Wege zu stehen. Zu behaupten, braunes Gedankengut habe keine politisch gestaltende Kraft, finden wir äußerst problematisch.

Wie meinungsbildend, aber gefährlich Diskreditierungen von Menschengruppen sind, zeigt der gegen den Islam und gegen die Menschen aus hauptsächlich durch den Islam geprägten Herkunftsstaaten gerichtete Rassismus, für den nicht nur Sarrazin verantwortlich ist, sondern auch diejenigen PolitikerInnen, die in der Gesellschaft verbreitete Stereotype befördern bzw. hervorbringen.

Außerungen in der Politik und in den Medien und Einstellungen in der Bevölkerung bedingen sich und schaukeln sich gegenseitig hoch, so dass am Ende mit dem Stichwort, wir müssen die Ängste der Menschen ernst nehmen, rassistische Einstellungen zum Regelungsinhalt von Vorschriften umgesetzt werden. Dass in Thüringen rassistische Grundeinstellungen manifest sind, zeigt der seit Jahren hohe, wenn auch leicht rückläufige Wert bei der Zustimmung zur Überfremdungsthese. 42 Prozent der ThüringerInnen sind der Auffassung, dass die Bundesrepublik in einem gefährlichen Maße überfremdet sei. Ministerpräsidentin Lieberknecht hält die Zustimmung zur Überfremdungsthese angesichts eines Ausländeranteils von 2,3 Prozent in Thüringen für unerklärlich. Rassismus braucht aber keine Ausländer im

Wohnumfeld, Rassismus ist eine Einstellung, die unter anderem ihre Ursachen auch darin hat, dass beispielsweise MigrantInnen in der medialen und politischen Debatte nach ihrer ökonomischen Verwertbarkeit beurteilt werden, dass Flüchtlingen staatlicherseits Rechte, wie das Recht auf Bewegungsfreiheit, eingeschränkt werden, sie isoliert in Lagern und Heimen untergebracht werden, so dass die Konstruktion des „wir als die Deutschen und die als die anderen“ beispielsweise verbunden mit Leistungsvermögen in der Wirtschaftskrise immer wieder reproduzierbar wird.

Etablierte Politik mit Stichworten für den Stammtisch

Und wiederum bringen etablierte PolitikerInnen die Stichworte für den Stammtisch, wie etwa der ehemalige Bundesinnenminister bei der Diskreditierung der Fluchtgründe mit den Stichworten: Asylmissbrauch und Wirtschaftsfucht. Der Verweis der Ministerpräsidentin auf den geringen Anteil von nichtdeutschen Thüringern deutet zumindest an, dass die Überfremdungsthese berechtigt wäre, wenn ein bestimmter Zahlenwert überschritten sei. Dieses Denken finden wir äußerst problematisch und mitverantwortlich für die Manifestierung rassistischer Einstellungen. Ministerpräsidentin Lieberknecht sagt: Die bloße Existenz des NSU verdeutlicht, dass eine wehrhafte Demokratie einen Verfassungsschutz

benötigt, der imstande ist, Radikalisierungstendenzen und Gewaltorientierung frühzeitig zu erkennen. Dies ist an Dreistigkeit nicht zu überbieten und ein Affront gegenüber den Opfern des NSU. Die Tatsache, dass der NSU über Jahre mordend durch das Land ziehen konnte, ohne, dass Sicherheitsbehörden auch nur annähernd den rassistischen Gehalt der Mordserie erkennen wollten, trotzdem die Opferangehörigen immer wieder darauf hingewiesen haben, ist Grund für die Abschaffung der Verfassungsschutzbehörden, aber nicht für deren Notwendigkeit.

Ein Umfragewert hat mich doch sehr positiv gestimmt und muss handlungsweisend für die Landesregierung und für die Landkreise sowie kreisfreien Städte sein. Fast 80 Prozent der Thüringer lehnen es ab, AsylbewerberInnen getrennt von der Bevölkerung unterzubringen. Auch das muss Handlungsgrundlage für politische Entscheidungen und Konzepte sein. Die Ghettoisierung von Flüchtlingen in Lagern oder Heimen ist zu überwinden und das Menschenrecht auf Wohnen und die individuelle Lebensgestaltung im Rahmen dezentraler Unterbringung ist zu verwirklichen. Die Verbreitung extrem rechter Einstellungen in der Gesellschaft darf man nicht verharmlosen. Wir reden hier nicht nur von 12 Prozent. Folgende Zahlen gelten für alle Befragten und liegen z.T. erheblich über den Werten der Vorjahre: 44 Prozent sind der Auffassung, dass Ausländer nur hierherkommen, um den Sozi-

alstaat auszunutzen. 32 Prozent sind der Auffassung, es gibt wertlos und unwertes Leben. 31 Prozent unterstützen sozial-darwinistische Positionen. 21 Prozent meinen, Ausländer sollten nur unter den eigenen Landsleuten heiraten und weitere 21 Prozent verharmlosen den Nationalsozialismus.

Rassismus und Neonazismus beim Namen nennen

DIE LINKE wird sich auch in Zukunft konsequent für die Abschaffung des gefährlichen und nutzlosen Inlandsgeheimdienstes aussprechen und für einen Schutz der Demokratie durch eine aufgeklärte und engagierte Gesellschaft werben. Für DIE LINKE heißt das, Rassismus und Neonazismus beim Namen zu nennen und nicht zu verstecken hinter irgendwelchen Extremismustheorien. Wir wollen die Beseitigung struktureller Diskriminierung von Menschen nichtdeutscher Herkunft und die konkrete Auseinandersetzung mit rassistischen Einstellungen in der Gesellschaft und wir wollen Verteilungsgerechtigkeit herstellen. Wir wollen Menschen ermöglichen, sich verwirklichen zu können, ihnen in einer gerechten Gesellschaft gerechte Chance eröffnen, damit sie ihre Lebensmöglichkeiten nutzen und sie selbst ihr Leben gestalten können.

Das heißt, Thüringen ist konsequent gerechter zu gestalten und das ist der wesentliche Unterschied zwischen CDU und DIE LINKE.

Aber „die Kommunen sind keine Bittsteller“

Aus der Landtagssondersitzung, die auf Antrag der LINKEN stattgefunden hatte

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE hatte am 18. Dezember eine Sondersitzung des Landtags stattgefunden. Titel: „Sofortige Vorlage eines Nachtragshaushalts zum Doppelhaushalt 2013/2014 zur Schaffung der Rechtssicherheit für die Bereitstellung der von der CDU angekündigten zusätzlichen Finanzmittel für die Thüringer Kommunen für die Jahre 2014/2015“ (der Antrag wurde letztlich von der Landtagsmehrheit abgelehnt). Nachdem Fraktionsvorsitzender Bodo Ramelow begründet hatte „Planspiele der CDU werden zum Anlass genommen, rechtswidrige Haushalte durch Gemeinden, durch Landkreise entstehen zu lassen, (...) geben wir Ihnen die Chance, den Nachtragshaushalt auf den Weg zu bringen“, ergriff für die Fraktion der kommunalpolitische Sprecher Frank Kuschel das Wort. Im Folgenden Auszüge aus der Rede:

Das jetzige Hilfspaket für die Kommunen begrüßen wir, weil damit endlich auf die monatelangen Proteste der Kommunen reagiert wird. Jetzt gibt es offenbar eine Verständigung auch innerhalb der Koalition.

Wir tun dem Land und den Kommunen keinen Gefallen, wenn wir auf der einen Seite einen offenen, schonungslosen, die Probleme aufzeigenden Finanzausgleich haben und auf der anderen Seite aber sowohl dem Land als auch den Kommunen die notwendigen Reformen, die sich daraus entwickeln müssen, verweigern oder zeitlich verzögern. Insofern sehen wir jetzt keine Alternative, dass wir Geld „nachschießen“ müssen, aber wir mahnen natürlich, über diese Soforthilfe notwendige Reformen ansatzweise auf den Weg zu bringen. Das müssen wir nutzen, sonst sind wir in einem Jahr vor der gleichen Situation. Was das Problem ist und deswegen haben wir uns für das In-

strument der Sondersitzung entschieden, weil ein Teil der Gemeinden und auch Landkreise aufgrund der Zahlen, die die kommunalen Spitzenverbände mitgeteilt haben, ihre Haushalte verabschiedet haben. Als wir gefragt haben, auch im Haushaltsausschuss, was ist denn mit diesen Haushalten, wurde zu Recht gesagt, auch vom Innenministerium, die sind formal betrachtet nicht genehmigungswürdig, denn sie basieren auf Zahlen, die nicht untersetzt sind, weder in einem Nachtragshaushalt, noch in einem Leistungsgesetz, noch sonst etwas.

Rechtssicherheit sieht anders aus.

LINKE unterbreitete eigene Vorschläge für Mittelverteilung

Die Kommunen sind keine Bittsteller, um das noch einmal deutlich zu sagen. Sie haben einen verfassungsrechtlichen Anspruch. Wenn wir die Kommunen nicht ausreichend finanzieren können, müssen wir ihnen gegebenenfalls übertragene Aufgaben wieder entziehen und selbst realisieren. Die Verfassungsrichter haben auch gesagt, die Gemeinden, Landkreise müssen auch ihre eigene Möglichkeiten der Einnahmehbeschaffung und der Haushaltskonsolidierung wahrnehmen.

Deswegen sagen wir immer, wir wollen einen Finanzausgleich, der motiviert, eigene Einnahmen, eigene Potenziale auszuschöpfen. Solange die kommunale Steuerkraft in Thüringen gemessen an den Flächenbundesländern noch im unteren Drittel ist – wir sind Vorletzter, was die Steuerkraft pro Einwohner betrifft –, ist eben eine hohe Abhängigkeit von der Landeszuweisung die Folge.

Unsere Fraktion hat auch eigene Vorschläge unterbreitet zur Verteilung der Mittel. Wir haben versucht, auf die gegenwärtige Lage in den Gemeinden, Städten und Landkreisen abzustellen und die größten Baustellen zu behe-

ben. Wir tasten die 106 Millionen Euro für 2014 nicht an, also wir legen nichts drauf. Und wir schlagen vor, davon 56 Millionen als allgemeine Zuweisung im Rahmen der Schlüsselzuweisung zur Verfügung zu stellen. Das ist relativ einfach, das kann jede Gemeinde nachvollziehen, jeder Landkreis, das ist transparent, und es hat vor allen Dingen auch eine Leistungsdimension, weil steuerkraftabhängig. Das heißt, die Kommunen, die ein niedriges Steueraufkommen haben, bekommen aus diesem Topf oder dieser Säule mehr als die steuerstarken Kommunen.

In einer zweiten Säule schlagen wir vor, 40 Millionen Euro als Investitionspauschale der kommunalen Ebene zur Verfügung zu stellen. Herr Ramelow hat darauf verwiesen, dass praktisch jede zweite Gemeinde gegenwärtig keinen ordnungsgemäßen Haushalt hat. Über 400 mussten nämlich auf ihre Rücklagen zurückgreifen, um den Haushalt auszugleichen.

Damit können sie natürlich keine Zuführung zum Vermögenshaushalt machen und nur ganz eingeschränkt investieren. Den Gemeinden wollen wir durch die Investitionspauschale auch die Möglichkeit geben, zumindest im begrenzten Umfang notwendige Investitionen zu tätigen. Übrigens auch die über 100 Gemeinden, die keinen Haushalt haben, würden damit in die Lage versetzt.

Unser Konzept ist sehr innovativ. Sie können es übernehmen. Wir geben Ihnen das. Wir geben Ihnen die Möglichkeit, über diesen jetzigen Hilfefonds tatsächlich Dinge zu korrigieren, die mit dem neuen Finanzausgleich – da wurden die Voraussetzungen geschaffen, aber der zweite Schritt hat gefehlt. In dem Sinne sind Sie heute aber zunächst erst einmal aufgefordert, sich zu positionieren, wann Sie dem Landtag den Entwurf des Nachtragshaushalts 2014 zur Debatte vorlegen. ■

VON A BIS Z:

thüringen-fair-aendern

„Thüringen fair ändern“ – die Themenmatrix der Landtagsfraktion steht für über 70 konkrete Vorhaben, mit denen DIE LINKE dieses Land fair ändern will. Auf der Mitmach-Seite im Internet unter <http://www.thueringen-fair-aendern.de> ist die Matrix veröffentlicht, in der sich zwölf Themengebiete miteinander treffen. Jeder Schnittpunkt steht für ein Politikziel:

- Soziales Thüringen
- Gute Bildung für alle von Anfang an
- Thüringen 2.0 – überall digital und sicher
- Lebenswert – auf dem Land und in der Stadt
- Ganzheitlicher, nachhaltiger Tourismus
- Mobilität – Gleiche Teilhabe und Inklusion
- Thüringer Energierevolution
- Kulturland Thüringen
- Gelebte Demokratie
- Moderne Verwaltung – Stärkung des Öffentlichen
- Vielfalt leben – Rassismus und Ausgrenzung entgegentreten

Die Abgeordneten und MitarbeiterInnen der Linksfraktion haben in einem ausführlichen Diskussionsprozess zu allen 66 Schnittpunkten kurze Texte verfasst, die das jeweilige politische Projekt erklären und vor allem die Thüringerinnen und Thüringer anregen, ihre Gedanken, Vorschläge, Hinweise dazu einzubringen.

<http://www.thueringen-fair-aendern.de/> ■

WICHTIGE TERMINE

Landtagsitzungen:

Die ersten Plenarsitzungen des Landtags im neuen Jahr finden vom 22. bis 24. Januar statt.

Ausstellungseröffnung:

Am Mittwoch, den 23. Januar, um 13 Uhr, findet die feierliche Eröffnung der neuen Ausstellung in der Galerie im Fraktionsflur der LINKEN im Landtag in Erfurt statt. Gezeigt werden Cartoons von Philipp Hubbe, ausgezeichnet mit dem Deutschen Preis für politische Karikatur, zum Thema Behinderte und Behinderungen. Die Ausstellung trägt den Titel „Mit Behinderungen ist zu rechnen“.

Weitere aktuelle Informationen zur Arbeit der Linksfraktion im Thüringer Landtag:

www.die-linke-thl.de

Lehrereinstellung

Zur Blockadehaltung des CDU-Finanzministeriums gegenüber dem SPD-Vorschlag der zusätzlichen Einstellung von 100 Lehrern in Thüringen sagte MdL Dirk Möller: „Der CDU-Leitantrag ‚Bildungsland Thüringen‘ ist nicht einmal das Papier wert, auf dem er geschrieben wurde.“ Horrender Unterrichtsausfall, hoher Krankenstand und hoher Altersdurchschnitt seien schon lange Warnzeichen, endlich mehr Lehrer einzustellen. Die vorgeschlagenen Alternativen, die Klassenobergrenzen oder auch die Schülermindestzahlen zu verändern, lehnt DIE LINKE entschieden ab. „Man kann nicht Vertretungsreserven verhindern und zugleich den Lehrern noch mehr Arbeit durch größere Klassen aufbürden.“ ■

Hebammen

Zu Jahresbeginn ist die Haftpflicht für Hebammen erneut um 20 Prozent gestiegen, sie müssen über 5.000 Euro Beiträge zur Absicherung der Geburtshilfe bezahlen. „Damit können sich immer mehr Hebammen ihre urenge Arbeit – die Hilfe bei der Geburt eines Kindes – nicht mehr leisten“, kritisierte MdL Karola Stange. DIE LINKE schlägt u.a. vor, die Beitragssumme mit einer Kappungsgrenze von maximal fünf Prozent zu versehen, die an den Einkünften der Hebammen bemessen wird. Die Hebammen selbst hatten den Vorschlag eines steuerfinanzierten Fonds gemacht, der Schadensfälle oberhalb einer definierten Schadensobergrenze absichert und damit eine Exedentendeckung übernimmt. ■

Frauengesundheit

Die verschobene Fachtagung zur Frauengesundheit unter dem Titel „Hat Gesundheit ein Geschlecht?“ findet am Dienstag, den 28. Januar, in der Zeit von 9.00 bis 16.30 Uhr im Thüringer Landtag (Raum F 101) statt. Veranstalter sind die Linksfraktion, die Rosa-Luxemburg-Stiftung, die Brennessel (Zentrum gegen Gewalt an Frauen) sowie Lochesis e.V. – Bundesverband für Heilpraktikerinnen. Die öffentliche Veranstaltung beginnt mit zwei Input-Referaten sowie einer Podiumsdiskussion. Am Nachmittag finden (nach Lachyoga) Workshops statt zu langfristigen Folgen häuslicher Gewalt, zur Problematik Körperkult und Essstörungen sowie zu frauenspezifischen Krebserkrankungen. ■

KURZ UND PRÄGNANT

Suspendierung des LKA-Präsidenten

Gemeinsame Presseerklärung der Obleute der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Zeugenvernehmung vom 9. Januar 2014 im Thüringer NSU-Untersuchungsausschuss zum Vorwurf, der jetzige Präsident des Landeskriminalamtes, Werner Jakstat, habe im Juni 2003 die Anweisung erteilt, Hinweisen zum Aufenthalt von Uwe Böhnhardt nicht weiter nachzugehen.

Hierzu erklären Katharina König (DIE LINKE), Birgit Pelke (SPD) und Dirk Adams (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Vernehmungen des Thüringer NSU-Untersuchungsausschusses am 9.1.2014 bedeuten eine Zäsur in unserer Arbeit.

1. Erstmals bestätigte ein Zeuge eine Aufforderung, Fahndungsmaßnahmen nach dem Trio gezielt zu unterlassen. Das hat uns erschüttert.

2. Mit den aus unserer Sicht glaubwürdigen Aussagen dieses Zeugen konfrontiert, haben weitere Zeugen und auch Herr Jakstat selbst dieser Aussage nicht ausdrücklich widersprochen, sondern vorherige eigene Aussagen dahingehend abgeschwächt, dass man sich selbst nicht an einen solchen Vorgang erinnern könne. Damit steht nun der Vorwurf im Raum, der heutige Präsident des Landeskriminalamtes (LKA) habe die gebotenen Ermittlungsmaßnahmen nicht gewollt.

3. In seiner Vernehmung hat der Zeuge Jakstat angegeben, dass Innenminister Geibert auf einer Mitarbeiterversammlung den Beitrag der Sendung Report-Mainz zum Anlass genommen habe, „entsprechende Worte“ zur Verurteilung des Informanten der Medien zu finden.

4. Wir sehen es als vordringliche Aufgabe des Innenministers an, zur Aufklärung eines so schwerwiegenden Sachverhalts beizutragen. Das vom Zeugen Jakstat geschilderte Vorgehen in der Mitarbeiterversammlung war kein Beitrag zur Aufklärung. Er war aus unserer Sicht lediglich dazu geeignet, eventuelle Zeugen des in dem Beitrag von Report Mainz geschilderten Vorgangs davon abzuhalten, sich zu erinnern.

5. Wir erwarten von Innenminister Geibert eine Suspendierung des LKA-Präsidenten von seinem Amt, solange der Vorwurf der Aufforderung zur Nichtverfolgung von Ansätzen zur Ermittlung des Aufenthalts von Uwe Böhnhardt im Juni 2003 nicht widerlegt wird. ■

Falscher Korpsgeist

Staatsversagen und Kumpanei nicht nur im Verfassungsschutz, auch bei Polizeiführung

Mit großer Intensität wurden am 8. Januar fast ins Inflationäre gehend „dienstliche Erklärungen“ von Polizisten medienwirksam veröffentlicht, die den LKA-Präsidenten Jakstat von dem ungeheuerlichen Verdacht befreien sollten, dass er Anweisung gegeben habe, im Umfeld des braunen NSU-Terrors die gesuchten Straftäter nicht zu ermitteln bzw. dingfest zu machen. Die dienstlichen Erklärungen sagen aber nur, dass der jeweilige Polizist eine solche Anweisung nicht bekommen hätte oder, dass man sich eine solche Anweisung nicht vorstellen könne.

Das ARD-Politmagazin „Report Mainz“ hatte davon berichtet, dass Jakstat im Jahr 2003 die Fahndung nach Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe faktisch verhindert habe. Ein Thüringer Polizeizeuge hatte angegeben, dass Jakstat gesagt haben soll, „fahrt mal raus, damit keiner sagen kann, wir hätten gar nichts gemacht“, und weiter soll er dann ausgeführt haben: „kriegen Sie da nichts raus“. In der Sitzung des NSU-Untersuchungsausschusses am 9. Januar, in welcher mehrere Polizeibeamte dazu gehört wurden, bestätigte Marco Grosa, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei Thüringen, dass es einen entsprechenden Anruf des damaligen Präsidenten des LKA, Werner Jakstat, gegeben habe. Er selber hätte diesen entgegengenommen.

Innerhalb nur weniger Tage gibt es in Thüringer Untersuchungsausschüssen vergleichbare Vorwürfe gegen führen-

de Thüringer Polizeibeamte. Auch im Trinkaus-Untersuchungsausschuss führte ein Verfassungsschutz-Mitarbeiter aus, dass er die Anweisung seines Vize-Präsidenten hatte, eine Straftat nicht einmal schriftlich festhalten zu sollen bzw. den Straftäter, der ihm bekannt gemacht wurde, nicht namentlich zu benennen. Die Weisung will er von dem heutigen Leiter der Thüringer

Trinkaus-Untersuchungsausschuss. Nach der plötzlichen Wendung und den belastenden Aussagen gegen den LKA-Präsidenten Jakstat scheint es dringend geboten, dass die Staatsanwaltschaft Erfurt mit ausreichendem Personal selbst an den Sitzungen der Untersuchungsausschüsse teilnimmt, schlägt Ramelow vor. Die politischen Konsequenzen aus den Erkenntnissen

Bodo Ramelow und Pressesprecherin Diana Glöckner bei der Pressekonferenz am 3. Januar zur Arbeit des Untersuchungsausschusses „V-Leute gegen Abgeordnete“, der ein Jahr zuvor im Thüringer Landtag auf Antrag der LINKEN Abgeordneten eingesetzt wurde.



Polizeischoolen erhalten haben. Wegen dieser Wendungen hatte sich Ende Dezember die Landesregierung entschlossen, in die juristische Offensive zu gehen und die einschlägigen Akten an die Staatsanwaltschaft zu übergeben. Der Betreff, unter dem diese Anzeige geführt wird, lautet: „Strafverteilung im Amt“ (501 JS 40287/13).

„Offensichtlich führt das penetrante Nachfragen der Abgeordneten zu immer neuen Erkenntnissen über Staatsversagen und Kumpanei“, sagte Fraktionsvorsitzender Bodo Ramelow, Obmann der LINKEN im so genannten

der beiden Untersuchungsausschüsse sind aber, dass nicht nur der Verfassungsschutz abgeschafft gehört, sondern in der Polizei mit einer Haltung aufgehört werden muss, die Ramelow als „falsch verstandenen Korpsgeist“ brandmarkte.

Reflexartig fordert man von den Beamten offensichtlich dienstliche Erklärungen an, die dann als Persilschein der Öffentlichkeit präsentiert werden. „Neben der dringend notwendigen Aufarbeitung ist auch ein spürbarer Neustart in der Polizeiführung längst überfällig“, betonte der LINKE-Politiker. ■

Proteste für einen Winterabschiebestopp

Die Vernetzung der Thüringer Bündnisse, Initiativen und Netzwerke gegen Rechts und der Flüchtlingsrat Thüringen hatten bei einer Solidaritätsaktion am Rande der Landtagssitzung am 18. Dezember in Erfurt den Thüringer Innenminister Jörg Geibert aufgefordert, mindestens für die Wintermonate einen Abschiebestopp für Roma zu erlassen.

Im Aufruf, unterstützt auch von der LINKEN im Landtag, heißt es u.a.: „In einer Zeit, in der nicht nur ‚besorgte Bürgerinnen und Bürger‘, sondern auch Medien und Poli-

Gesicht zu zeigen.“ Sabine Berninger, flüchtlingspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, kritisierte, es sei völlig unverständlich, dass der Innenminister nicht – wie im letzten Jahr – Angehörigen der Roma, Ashkali und Ägypterinnen und Ägypter aus den Balkanstaaten wenig-



tik mit Begriffen wie ‚Asylmissbrauch‘, ‚Wirtschaftsflüchtlinge‘, ‚Asylflut‘, ‚Zustrom‘ oder ‚Flüchtlingswelle‘ rassistische Einstellungen bedienen und zur weiteren Diskreditierung von Geflüchteten beitragen und verkennen, dass sich niemand ohne Grund auf die Flucht begibt, in dieser Zeit ist es wichtig, für ein menschliches Miteinander

stens über die Wintermonate Schutz gewähre. Die Motivation für die Verweigerung erschließe sich auch nicht durch den Beweis, dass die meisten Bundesländer so agieren würden. Ebenso wenig könne aus menschenrechtlicher Sicht die Kapazität im Außenlager in Eisenberg ein Argument sein.

Eine krude Mischung aus Abwehrhaltung und Asylmissbrauchsvorwürfen, vorgetäuschem Wohlwollen und scheinbarem Integrationswillen, Nützlichkeitsdenken, Nachplappern von bereits im Koalitionsvertrag Beschlossenem und schlichten Halb- oder Unwahrheiten legte Innenminister Jörg Geibert nach Ansicht der LINKEN mit seinen Aussagen zur Asylpolitik in der TLZ (Ausgabe v. 21.12.) vor. „Und das direkt nach der von CDU-Seite rassistisch geprägten Debatte um einen Winterabschiebestopp“, betonte Sabine Berninger.

Für einen Skandal hatte die Abgeordnete Gudrun Holbe (CDU) gesorgt, die zu rassistischen Stereotypen über die vermeintliche Lebensweise der Roma meinte sagen zu müssen, dass Roma nicht „zu unserer Lebensweise passen“. „Diese stereotype Zuschreibung von Vorstellungen auf alle Angehörigen der Gruppe der Roma und die Stigmatisierung der Roma ist selbst rassistisch und bedient die in der Gesellschaft manifestierten Sinti und Roma diskriminierenden Einstellungen“, hatten Sabine Berninger (LINKE) und Astrid Rothe-Beinlich (B90/Grüne) erklärt. ■

DAS THEMA

Auf Anweisung

Der Thüringer Geheimdienst wusste offenbar von Neonazi-Straftaten - und tat nichts

Die Aussage schlug ein, wie eine Bombe. Am 16. Dezember 2013 sagte der V-Mann-Führer des ehemaligen Nazi-Spitzels Kai-Uwe Trinkaus vor dem Thüringer Untersuchungsausschuss „V-Leute gegen Abgeordnete“ aus, dass er im Mai 2007 auf ausdrückliche Anweisung seines Vorgesetzten, dem damaligen Vizepräsidenten des „Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz“ (TLFV), Gerd Lang, eine brisante Information seines V-Mannes aus der NPD nicht zu den Akten nahm.

Nach einem Aufmarsch von rund 1.000 Neonazis am 1. Mai 2007 in Erfurt war im Bahnhof ein Fotograf der „Thüringischen Landeszeitung“ tätlich angegriffen, zu Boden geworfen und seiner Kamera beraubt worden. Noch am gleichen Abend informierte der Spitzel, der auch vor Ort gewesen war, telefonisch seinen V-Mann-Führer und nannte den Namen des Neonazis, bei dem die teure Kamera angeblich zu finden sei: Dominik W., ein stadtbekannter Aktivist der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“.

Das berichtete der Geheimdienstler pflichtbewusst am nächsten Tag seinem Chef. Doch der erteilte ihm die Anweisung, den Vorgang nicht zu notieren und keine weiteren Nachforschungen anzustellen. Wenig später liefert der V-Mann dann auch noch eine CD mit den Fotos aus der geraubten Kamera an das Amt und informierte, dass der Neonazi W. die gestohlene Kamera bei eBay zum Verkauf anbiete.

Später wurden zwei Neonazis wegen des Angriffs auf den Journalisten verurteilt, der Raub der Kamera blieb bis

heute ungeklärt. Ob die Tat aufgrund des jahrelangen Schweigens des Geheimdienstes nun wegen Verjährung straffrei bleibt, ist noch unklar.

Illegale Parteispenden?

Schon zuvor waren in dem Ausschuss brisante Informationen ans Licht gekommen. In den Akten des Thüringer Geheimdienstes fanden sich Hinweise des damaligen Kreisvorsitzenden der NPD Erfurt-Sömmerda, Kai-Uwe Trinkaus, auf mögliche anonyme Spenden an die Neonazi-Partei im Jahr 2007: „Der NPD-KV EF/SÖM hat potentielle Spender gewonnen, von denen auch 4-stellige Beträge mit und ohne Spendenquittung getätigt werden.“ Bis zum Wahljahr 2009 könne eine Summe von 25.000 Euro allein für den Kreisverband zusammenkommen. Trotz Nachfrage bei einem späteren Treffen zwischen dem Spitzel und seinem V-Mann-Führer gab Trinkaus keine Namen preis, da SpenderInnen „auf die Verschwiegenheit der Quelle vertrauen“. Das TLFV beließ es offenbar dabei und verfolgte die Spur möglicher illegaler Spenden nicht weiter.

DIE LINKE im Thüringer Landtag hat die NPD nun wegen eines möglichen Verstoßes gegen das Parteiengesetz angezeigt und den für die Kontrolle von Spenden an Parteien zuständigen Bundestag eingeschaltet.

Auch weitere mögliche Straftaten waren dem Amt durch die sprudelnde Quelle Trinkaus bekannt. So informierte er im Oktober 2006 über einen für 2007 geplanten Überfall auf das „Besetzte Haus“ in Erfurt durch bis zu 100

Neonazi-Hooligans aus Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Das Amt notierte: „Das besetzte Haus soll exemplarisch zerstört werden. Zur Not wolle man die Bude abfackeln; es habe dort ja schon öfter gebrannt.“

Trinkaus berichtete, dass schwer Verletzte in dem bewohnten Haus durch die Angreifer in Kauf genommen würden. Trainiert wurde für den Angriff im Neonazi-Sportverein „SV Vorwärts Erfurt e.V.“. In einer städtischen Halle übten NPD-Mitglieder und rechte Hooligans gemeinsam mit dem V-Mann Trinkaus Kampfsport. Dem Geheimdienst hatte der Spitzel frühzeitig davon berichtet. Auch ein offenkundiger Insolvenzbetrug und organisierte Betrügereien mit Sozialleistungen wurden zwar säuberlich in den Akten des TLFV vermerkt, blieben aber folgenlos. Offenbar schaute das Amt zu, wie wichtige Akteure der Erfurter Neonazi-Szene gewalttätige Angriffe planten und sich mit illegalen Mitteln die Taschen füllten. Für seine Informationen, die er zwischen Mai 2006 und September 2007 lieferte, bekam Trinkaus hohe Honorare vom Amt.

Konsequenzen?

Seit einem Jahr arbeitet der Untersuchungsausschuss „V-Leute gegen Abgeordnete“. Eingesetzt, um zu klären, ob das TLFV wusste, dass ihr V-Mann in den Jahren 2006 bis 2008 Abgeordnete, Fraktionen, Parteien und Vereine unterwanderte und mit perfiden Mit-

teln öffentlich diskreditierte. Unter den Augen der Behörden baute der Neonazi Trinkaus Vereine auf, störte Veranstaltungen und schuf in der Stadt gemeinsam mit rechten Hooligans ein Klima der Angst.

Die Abgeordneten der Partei DIE LINKE Susanne Hennig, Frank Kuschel und Knut Korschewsky wurden ebenso Opfer von Trinkaus' Strategie der Diskreditierung und Unterwanderung, wie Birgit Pelke (SPD) und Egon Primas (CDU). Doch als Trinkaus gemeinsam mit weiteren Neonazis die Erfurter Sektion des „Bundes der Vertriebenen“ unterwanderte, um Geld abzuschöpfen, griffen Innenministerium und Geheimdienst durch. Umgehend wurde der Chef der „Vertriebenen“, der CDU-Landtagsabgeordnete Egon Primas, persönlich vom Geheimdienst-Chef Thomas Sippel gewarnt.

Die Grünen, Jusos, Linkspartei, den Erfurter Stadtsportbund oder die Gewerkschaft ver.di, die alle auf unterschiedliche Art Opfer der Attacken von Trinkaus wurden, ließ das Amt dagegen ins offene Messer laufen. Sie erhielten nie eine Information über seine Subversionsstrategien.

Im Sommer 2014 wird der Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses erwartet. Er wird Erschreckendes dokumentieren und wieder einmal deutlich machen, dass der Geheimdienst unkontrollierbar ist und der Neonazi-Szene – gewollt oder ungezwollt – als Aufbau-Helfer dient.

Paul Wellsow

Selbsternannter Spitzel mit Niveau

Sein Ziel bei den diversen Aktivitäten sei gewesen, „vernünftig wahrgenommen zu werden“, so berichtet der ehemalige NPD-Kreisvorsitzende in Erfurt und V-Mann des Inlandsgeheimdienstes „Landesamt für Verfassungsschutz“, Kai-Uwe Trinkaus, am 6. Januar dem Untersuchungsausschuss des Thüringer Landtags.

Dieser Ausschuss ist eigens dazu eingesetzt worden, das Treiben von Trinkaus in der Grauzone von Neonazi-Partei und Geheimdienst aufzuarbeiten. Sein einschlägiges Wirken hat es in sich: versuchte Unterwanderung und Ausspähung von demokratischen Parteien und des Thüringer Landtags sowie von Vereinen, Diskreditieren von Abgeordneten.

Und der wohl eher unfreiwillig seine Motive erhellende Hinweis zieht sich durch die gesamte Vernehmung: Trinkaus möchte wahrgenommen werden. Katharina König, Abgeordnete der Linksfraktion, muss ihn immer wieder nachdrücklich daran erinnern, dass er nur im Ausschuss sei, um Fragen zu beantworten.

Zum „Verfassungsschutz“ kommt Trinkaus als „Selbstanbieter“, wie Geheimdienste diejenigen nennen, die von sich aus Kontakt suchen. Auch dem „Bundesamt für Verfassungsschutz“ und dem Hamburger Landesamt habe er sich später angeboten, gibt er zu. Ein Mitarbeiter des Thüringer Amtes sagt vorher aus, es seien neben dem Bundesamt sogar zwei weitere Landesämter gewesen, die Trinkaus kontaktiert habe.

Zu seinen Motiven für den Anruf beim Geheimdienst verweist er auf „Neugier, persönliche Gründe und politische Naivität“. Letztere nimmt ihm kein Mensch ab, mit dem Begriff kokettiert Trinkaus ohnehin nur. Auch auf Nachfragen will er aber die persönlichen Gründe nicht näher erläutern, denn dabei gehe es um Familienangehörige. Als Abgeordnete weiter fragen, reagiert Trinkaus gereizt.

Dabei fühlt der sich noch heute als einstiger Spitzel mit Niveau. Natürlich sei er anders als die Hauptschüler, die der „Verfassungsschutz“ sonst anwerbe, betont er. Er erinnert sich an „immer recht lange und angenehme Stunden“ mit dem zuständigen Mitarbeiter

Kameraleute und Fotografen dürfen nur vor Beginn der Untersuchungsausschusssitzung Aufnahmen machen.

Hier am 6. Januar vor der Vernehmung von Kai-Uwe Trinkaus im Untersuchungsausschuss des Thüringer Landtags „V-Leute gegen Abgeordnete“.

Foto: St. Wogawa



des Landesamtes. Und Aufträge hat ein Kai-Uwe Trinkaus nach eigener Darstellung natürlich nicht erledigt – er habe nur „Gespräche geführt“, die ihm vorkamen wie „Kaffeeklatsch-Runden, bei denen man sich ausgetauscht hat“. Das Amt wiederum habe ihn als schwierig eingeschätzt, sagt ein Geheimdienstler aus.

Zur Bilanz seiner Zusammenarbeit mit dem Landesamt verweist Trinkaus ausdrücklich auf den Zuwachs an „Lebenserfahrung“ durch derartige Kaffeeklatsch-Runden. Das kann freilich nicht der einzige Zuwachs gewesen sein. Er soll etwa 15.000 Euro für seine diversen Dienste vom „Verfassungsschutz“ erhalten haben, einschließlich einer „Abschaltprämie“. An die Summe

erinnert er sich heute nicht mehr. Ob er das Geld als Einkommen deklariert habe, da er sich in jener Zeit in der Wohlverhaltensphase eines Insolvenzverfahrens befand, wird Trinkaus gefragt.

Der macht von seinem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch. Das darf er – wenn er sich durch die Beantwortung der Frage der Gefahr aussetzen würde, wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden. Sein Zeugnis verweigert bei diesem Fragenkomplex übrigens auch der befragte Mitarbeiter des „Verfassungsschutzes“.

Stefan Wogawa

